



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Holger Griebshammer, Sabine Gross, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

### **Haushaltsplan 2024/2025;**

**hier: Private Waldbesitzer beim Waldumbau angemessen unterstützen  
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 08 05 (Allgemeine Bewilligungen – Bereich Forsten) wird in der TG 97 (Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes, Klimaschutz und Waldumbauoffensive 2030) der Ansatz im Tit. 892 97 (Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald) für das Jahr 2024 von 38.949,7 Tsd. Euro um 5.000,0 Tsd. Euro auf 43.949,7 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 08 05 (Allgemeine Bewilligungen – Bereich Forsten) wird in der TG 97 (Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes, Klimaschutz und Waldumbauoffensive 2030) der Ansatz im Tit. 892 97 (Zuschüsse für Maßnahmen im Privatwald) für das Jahr 2025 von 38.949,7 Tsd. Euro um 10.000,0 Tsd. Euro auf 48.949,7 Tsd. Euro erhöht.

### **Begründung:**

Bayerns Wälder leiden massiv unter den Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels. Die stetig steigenden Hitzesommer der letzten Jahre haben neben einer flächendeckend hohen Waldbrandgefahr dazu geführt, dass mittlerweile nur noch jeder zehnte Baum als kerngesund gilt. Durch Trockenheit geschädigte traditionelle Baumarten wie die Fichte sind Schädlingen wie dem Borkenkäfer zunehmend schutzlos ausgeliefert, wodurch schließlich auch die Wirtschaftlichkeit der Ressource Holz leidet.

Private Waldbesitzer werden durch diese Situation doppelt belastet. Während die Einnahmen bestenfalls stagnieren, erhöhen sich die Ausgaben durch die Maßnahmen des Waldumbaus. Um hierbei trotzdem einen möglichst schnellen Vollzug sicherzustellen und zugleich die Waldbesitzer ökonomisch abzusichern, muss der Freistaat ausreichende Mittel bereitstellen.